

## Jona Dörr, Schwaikheim: Wenn soziales Pflichtjahr, dann für Ältere (AfD-Wähler)

ZVW/ngr



Jona Dörr (18) aus Schwaikheim, Abitur-Jahrgang 2023, möchte im kommenden Jahr ein Studium der Politikwissenschaften und Geschichte beginnen.

Die 18-jährige Jona Dörr aus Schwaikheim hat sich in dieser Zeitung mehrfach gegen ein soziales Pflichtjahr für Heranwachsende ausgesprochen, schrieb Briefe an Politiker und war auf Einladung des Bundespräsidenten in Berlin. In diesem Gast-Kommentar wettet sie erneut gegen das [von Petra Häffner vorgeschlagene soziale Pflichtjahr](#) zwecks Demokratiebildung: Die sei doch eher für die typischen AfD-Wähler notwendig, und die sind zwischen 35 und 59 Jahre alt. Hier also Jona Dörrs Gast-Kommentar im Wortlaut:

Schon wieder ist der Ruf nach einem Pflichtjahr allgegenwärtig. Der eine will die Wehrpflicht und die Grünen-Landtagsabgeordnete Petra Häffner das soziale Pflichtjahr. [Die Äußerung von Frau Häffner im ZVW-Artikel vom 27.12.2023, dass ein soziales Pflichtjahr den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie stärken kann](#), ist scheinheilig.

Die Frage ist doch, warum so wenige Jugendliche ein FSJ oder einen Bundesfreiwilligendienst absolvieren und das vorwiegend nach dem Abitur. Die Antwort lautet: Es können sich nur wenige leisten. Wer ein Jahr nach Orientierung sucht, geht jobben oder macht Praktika.

Was macht aber gleichzeitig die Ampel in Berlin? Sie wollen genau in diesem Bereich bundesweit viele Stellen streichen. Weiß A, was B hier gerade macht, oder geht es nur um Populismus? Viele Wähler/-innen wählen die AfD, weil sie keine Lust mehr auf Politiker/-innen haben, deren Parteien auf Bundesebene „so“ sagen und auf Landesebene „so“. Wie wäre es denn, wenn sich politische Parteien

darauf einigen, die „gleiche Sprache“ zu sprechen?

Die Außenwirkung, die die Parteien damit abgeben, erzeugt doch Politikverdrossenheit. Da braucht sich doch niemand wundern, dass die AfD gewählt wird. Die zweite Frage ist doch, wer wählt denn die AfD? Laut einer Forsa-Studie vom Juni 2023 sind dies 15 Prozent der Rentner/-innen, aber nur fünf Prozent der Schüler/-innen. Der Schwerpunkt der Wähler/-innen liegt bei 35 bis 59 Jahren. Wenn ein Pflichtjahr nötig ist, dann doch für diese Altersgruppe.

Um junge Menschen demokratische Strukturen näherzubringen, sie miteinzubeziehen, in Willensbildungsprozesse zu bringen, sollte das Wahlalter, aktiv und passiv, auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Das heißt auch, dass Parteien in Parlamenten sich stärker auf Jugendliche konzentrieren sollten: Stichwort Altersstrukturen in den Parlamenten. Angefangen bei Kommunalwahlen bis hin zur Europawahl.

Inwieweit ist denn die politische Bildungsarbeit im Unterricht qualitativ? Fallen diese Unterrichtsstunden nicht als Erstes aus? Wie sieht denn ein Geschichtsunterricht aus, wenn zum Beispiel ein Geschichtslehrer Höcke den Unterrichtsstoff nur bis 1933 behandelt und dann noch braun verfärbt?

Wer ein soziales Pflichtjahr fordert, um die AfD einzudämmen, ist blauäugig und hat nicht aus der Geschichte gelernt. Mir geht es um gelebte Demokratie und nicht um Bevormundung oder Politik, die Tatsachen über den Kopf junger Menschen hinweg schafft. Ich möchte insbesondere Frau Häffner und alle Abgeordneten sowie Parteimitglieder der demokratischen Parteien aufrufen, sich aktiv dafür einzusetzen, dass wichtige Demokratie-Projekte, die mühsam in den letzten 20 Jahren aufgebaut worden sind, zu unterstützen. Diese werden aktuell durch fehlende Förderzusagen der Bundesregierung auf Eis gelegt.

Demokratie muss leben.

Die 18-jährige Jona Dörr aus Schwaikheim hat sich in dieser Zeitung mehrfach gegen ein soziales Pflichtjahr für Heranwachsende ausgesprochen, schrieb Briefe an Politiker und war auf Einladung des Bundespräsidenten in Berlin. In diesem Gast-Kommentar wettet sie erneut gegen das [von Petra Häffner vorgeschlagene soziale Pflichtjahr](#) zwecks Demokratiebildung: Die sei doch eher für die typischen AfD-Wähler notwendig, und die sind zwischen 35 und 59 Jahre alt. Hier also Jona Dörrs Gast-Kommentar im Wortlaut:

Schon wieder ist der Ruf nach einem Pflichtjahr allgegenwärtig. Der eine will die Wehrpflicht und die Grünen-Landtagsabgeordnete Petra Häffner das soziale Pflichtjahr. [Die Äußerung von Frau Häffner im ZVW-Artikel vom 27.12.2023, dass ein soziales Pflichtjahr den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie stärken kann](#), ist scheinheilig.

Die Frage ist doch, warum so wenige Jugendliche ein FSJ oder einen Bundesfreiwilligendienst absolvieren und das vorwiegend nach dem Abitur. Die Antwort lautet: Es können sich nur wenige leisten. Wer ein Jahr nach Orientierung sucht, geht jobben oder macht Praktika.

Was macht aber gleichzeitig die Ampel in Berlin? Sie wollen genau in diesem Bereich bundesweit viele Stellen streichen. Weiß A, was B hier gerade macht, oder geht es nur um Populismus? Viele Wähler/-innen wählen die AfD, weil sie keine Lust mehr auf Politiker/-innen haben, deren Parteien auf Bundesebene „so“ sagen und auf Landesebene „so“. Wie wäre es denn, wenn sich politische Parteien darauf einigen, die „gleiche Sprache“ zu sprechen?

Die Außenwirkung, die die Parteien damit abgeben, erzeugt doch Politikverdrossenheit. Da braucht sich doch niemand wundern, dass die AfD gewählt wird. Die zweite Frage ist doch, wer wählt denn die AfD? Laut einer Forsa-Studie vom Juni 2023 sind dies 15 Prozent der Rentner/-innen, aber nur fünf Prozent der Schüler/-innen. Der Schwerpunkt der Wähler/-innen liegt bei 35 bis 59 Jahren. Wenn ein Pflichtjahr nötig ist, dann doch für diese Altersgruppe.

Um junge Menschen demokratische Strukturen näherzubringen, sie miteinzubeziehen, in

Willensbildungsprozesse zu bringen, sollte das Wahlalter, aktiv und passiv, auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Das heißt auch, dass Parteien in Parlamenten sich stärker auf Jugendliche konzentrieren sollten: Stichwort Altersstrukturen in den Parlamenten. Angefangen bei Kommunalwahlen bis hin zur Europawahl.

Inwieweit ist denn die politische Bildungsarbeit im Unterricht qualitativ? Fallen diese Unterrichtsstunden nicht als Erstes aus? Wie sieht denn ein Geschichtsunterricht aus, wenn zum Beispiel ein Geschichtslehrer Höcke den Unterrichtsstoff nur bis 1933 behandelt und dann noch braun verfärbt?

Wer ein soziales Pflichtjahr fordert, um die AfD einzudämmen, ist blauäugig und hat nicht aus der Geschichte gelernt. Mir geht es um gelebte Demokratie und nicht um Bevormundung oder Politik, die Tatsachen über den Kopf junger Menschen hinweg schafft. Ich möchte insbesondere Frau Häffner und alle Abgeordneten sowie Parteimitglieder der demokratischen Parteien aufrufen, sich aktiv dafür einzusetzen, dass wichtige Demokratie-Projekte, die mühsam in den letzten 20 Jahren aufgebaut worden sind, zu unterstützen. Diese werden aktuell durch fehlende Förderzusagen der Bundesregierung auf Eis gelegt.

Demokratie muss leben.

## Zur Person Jona Dörr

- Die 18-jährige Jona Dörr aus Schwaikheim (Abitur-Jahrgang 2023) [hat sich in dieser Zeitung bereits mehrfach gegen ein soziales Pflichtjahr ausgesprochen](#), schrieb Briefe an Politiker in Berlin und diskutierte persönlich mit Annegret Kramp-Karrenbauer, der ehemaligen Verteidigungsministerin, in Berlin.
- [Jona Dörr war zudem auf Einladung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier engagiert bei einem Meinungsforum im Berliner Schloss Bellevue.](#)
- Die junge Schwaikheimerin ist nicht gegen gesellschaftliches Engagement. Ganz im Gegenteil. Sie ist im Vorstand von „Jugend wählt“. Der Verein ist überparteilich, unabhängig, bundesweit aktiv und kämpft für das Wahlrecht ab 16. Zudem wirkte sie wiederholt ehrenamtlich im Anne-Frank-Zentrum in Berlin.
- 2024 möchte sie ein Studium der Politikwissenschaft und Geschichte aufnehmen.